



Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I



KONTAKT



Bundestagsbüro Berlin
Nezahat Baradari, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
nezahat.baradari@bundestag.de
030 / 22 77 12 60



Wahlkreisbüro

Niederste Straße 15
57439 Attendorn
nezahat.baradari.wk@bundestag.de
027 22 / 6 57 68 84



www.nezahat-baradari.de/



<https://www.facebook.com/Baradari2023/>



<https://www.instagram.com/nezahatbaradari/>

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Im Jahre 1890 haben in Deutschland 100.000 Menschen den 1. Mai erstmals als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ begangen. Bis heute ist der 1. Mai mehr als nur ein symbolträchtiger Feiertag. Seit 1890 ist es der wichtigste Tag, an dem Gewerkschaften und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihrem Anliegen Nachdruck verleihen.

Für uns als SPD ist gute Arbeit seit über 160 Jahren das A und O. Wir kämpfen dafür, dass jede und jeder auf der Basis guter Arbeit ein selbstbestimmtes Leben führen kann. Wir machen Politik für diejenigen, die unser Land jeden Tag am Laufen halten, die arbeiten, Kinder erziehen, ihre Angehörigen versorgen oder sich ehrenamtlich engagieren. Wir wollen, dass jede und jeder in unserer Gesellschaft den Respekt bekommt, den sie oder er verdient. Denn nur, wenn wir alle zusammenhalten, können wir unser Gemeinwohl und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Die Beschäftigten in Deutschland sorgen dafür, dass es uns gut geht und erarbeiten unseren Wohlstand. Wir machen Politik für die arbeitende Mitte unserer Gesellschaft. Wir achten darauf, dass die Arbeit, die sie leisten, auch wertgeschätzt wird. Wir respektieren alle Berufe und Tätigkeiten, auch diejenigen, bei denen man Verantwortung für andere Menschen übernimmt. Im Moment werden Arbeitnehmerrechte wieder infrage gestellt und soziale Errungenschaften wie die gesetzliche Rente oder das Bürgergeld werden angegriffen. Nicht mit uns! Die SPD steht eng an der Seite der Gewerkschaften.

Gerade in Zeiten, in denen sich unsere Wirtschaft und Arbeitswelt stark verändern, ist es wichtig, dass wir uns auf verlässliche soziale Sicherungssysteme in Deutschland und Europa verlassen können. Dafür setzen wir uns ein und demonstrieren deshalb am 1. Mai gemeinsam mit den Gewerkschaften des DGB. [Zusammen sind wir stärker!](#)

Ich empfinde es immer wieder als große Ehre, am Rednerpult des Deutschen Bundestages zu stehen. Im April hatte ich gleich zwei Mal die Gelegenheit, im Hohen Haus in Berlin zu reden.



Am 11.04.2024 redete ich zur Ernährungsstrategie der Bundesregierung (S. 11). Essen entscheidet (mit) über die Lebenschancen! Die Zahlen sind dramatisch: 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind übergewichtig, 6 Prozent adipös. Das betrifft gerade die sozio-ökonomisch schwächeren Haushalte. Wir dürfen nicht zulassen, dass Gesundheit und Ernährung in Deutschland dauerhaft zu einer sozialen Frage werden!

14 Tage später nahm ich in einer Plenarsitzung zur Bewertung der Währungsunion klar Stellung zu Forderungen der AfD, den Euro abzuschaffen (S. 9).

Die AfD in Person ihrer Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel wirft der Bundesregierung vor, Deutschland zu hassen. Dabei ist es die AfD, die den Austritt Deutschlands aus der EU fordert! Es ist die AfD, die gefordert haben, den Euro zu verlassen! Es ist die AfD, die damit die deutsche Wirtschaft und unseren Wohlstand gefährdet! Es ist die AfD, die diktatorischen Regimen dient und Deutschland an die höchstbietende Diktatur verhökern will! Wer also hasst hier Deutschland? Also: wer hasst hier Deutschland?

Gute Nachrichten für Schulen mit vielen sozioökonomisch benachteiligten Schülerinnen und Schülern: Das [Startchancen-Programm](#) unterstützt diese Schulen gezielt. Dafür investieren Bund und Länder gemeinsam rund 20 Milliarden Euro über zehn Jahre in rund 4.000 Schulen. Damit ist es das größte Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik.

Diesen Monat wurde bereits eine Liste der teilnahmeberechtigten Schulen veröffentlicht. Unter den Schulen sind viele Grund-, Gesamt-, Haupt- und Realschulen in ganz NRW. Die jetzt angeschriebenen Schulen und die Schulträger können sich bis Mitte Mai entscheiden, ob sie Teil des Förderprogramms werden wollen. In Südwestfalen sind insgesamt 25 Schulen ausgewählt worden, vier davon, eine Gesamt- und vier Grundschulen, liegen in [Lüdenscheid](#).

Gute Nachrichten gibt es auch für meinen Wahlkreis. So haben wir in diesem Newsletter wieder eine Menge Themen für euch zusammengestellt. Unsere heimischen Amateurmusikerinnen und -musiker können sich freuen: Bis zum 15. Juni 2024 können sie sich um eine Förderung ihrer musikalischen Projekte bewerben (S. 12). Bei meinem Besuch in der Arche Lüdenscheid (S. 13) habe ich viel darüber erfahren, wie man Menschen im dritten Lebensabschnitt ganzheitlich be-

gleiten kann und welche Dienstleistungen es gibt, um Menschen in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen. Unser ehemaliger Außenminister Sigmar Gabriel hat in seinem Vortrag im Siegener Lyz einen Blick auf die Lage in Deutschland, Europa und der Welt geworfen und dabei einen klaren Appell an die Menschen gerichtet. Dabei hat er betont, wie wichtig die Europawahl am 9. Juni ist (S. 15). Anstrengend, aber auch schön war unsere Arbeitsklausur der Landesgruppe NRW auf Norderney (S. 17). Aber wir hatten kaum Zeit, die malerische Kulisse zu genießen, denn das Programm war gut gefüllt. Eine andere Klausurtagung fand in Attendorn statt: Unser Kreis Olpe ist ein lebendiger Ort, der viel zu bieten hat. Hier leben über 134.439 Menschen. Es ist eine schöne und verantwortungsvolle Aufgabe, diesen Kreis zu gestalten. Deshalb traf ich mich als Co-Vorsitzende mit unseren Genossinnen und Genossen zu einer Klausurtagung. Wir gehen im Kreis Olpe voran und gestalten die Sozialpolitik für die arbeitende Mitte und für die Menschen, denen es nicht so gut geht und die Hilfe brauchen (S. 14). Diese und weitere Themen findet ihr in meinem Newsletter.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und verbleibe
Mit solidarischen Grüßen
Eure Nezahat

Nezahat

Deshalb mache ich Gesundheitspolitik	4
Blick nach vorne.....	5
Das Leben leichter machen	7
Ein bemerkenswertes Jubiläum – 50 Jahre Sozialdemokratische Partei Europas!	8
„Sie sind es, die Deutschland an die höchstbietende Diktatur verhökern wollen!“	9
Gutes Essen für Deutschland.....	11
Amateurmusiker aufgepasst	12
Ganzheitliche Begleitung im dritten Lebensabschnitt	13
Integrationsaustausch im Bundeskanzleramt	14
Viel geschafft, noch mehr vor	14
Europa in unbequemen Zeiten	15
Gleiche Bildungschancen mit dem Startchancen- Programm	16
Arbeitsklausur auf Norderney	17
Freude über Besuch aus Attendorn zum Girls' Day	18
Kurz & knapp!	



1. Mai-Veranstaltung in Olpe am 30.04.2024: v.l.: v. I. Petra Crone, Herbert Märker, Peter Höffer, Michael Vassiliadis, Christian Pospischil, Nezahat Baradari, Christin-Marie Stamm, Jan Wichterich, Willi Brase und Lea Schneider

Deshalb mache ich Gesundheitspolitik

Jedes Jahr am 7. April wird weltweit der Weltgesundheitsstag begangen. Aus diesem Anlass möchte ich einen Einblick in meinen gesundheitspolitischen Werdegang geben.

Seit 1994 bin ich Ärztin und seit 2003 Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin. Schon lange bevor ich Bundestagsabgeordnete wurde, habe ich mich in der SPD engagiert. Gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen für alle waren für mich immer zentral. Aber gerade durch meine Arbeit im Gesundheitswesen ist

mir klar geworden: Gesundheit ist mehr als Medizin. Sie ist Bildung, Prävention und Politik. Dafür engagiere ich mich nicht nur als Ärztin, sondern auch als Bundestagsabgeordnete. Ich möchte im Bundestag eine starke Stimme für eine gute Gesundheitspolitik und für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sein.

Dafür mache ich Gesundheitspolitik ganz im Sinne Virchows: „Politik ist nichts anderes als Medizin im Großen“.



Blick nach vorne

Unser Kreis Olpe ist ein lebendiger Ort, der viel zu bieten hat. Über 134.439 Menschen leben hier. Es ist eine schöne und verantwortungsvolle Aufgabe, diesen Kreis zu gestalten. Deshalb traf ich als Co-Vorsitzende unsere Genossinnen und Genossen zu einer Klausurtagung in der Hansestadt Attendorn, dem Ursprungsort der SPD im Kreis Olpe. Vor mehr als 125 Jahren wurde der Ortsverein unter widrigsten Umständen gegründet, seine Mitglieder mussten sich mit Sanktionen und sozialen Ausschlüssen auseinandersetzen. Diese Geschichte sollten wir immer vor Augen haben, wenn wir über die SPD im Kreis Olpe sprechen. Wir wollen auch in Zukunft der Motor sein, der den Kreis Olpe mit seinen sieben Städten und Gemeinden zukunftsfähig

macht. Mit uns geht der Kreis Olpe voran und wir gestalten die Sozialpolitik für die arbeitende Mitte und für die Menschen, denen es nicht so gut geht und die Hilfe brauchen.

In vielen grundsätzlichen Fragen sind wir uns einig: Gerade die heutigen Zeiten erfordern von uns Politikern einen klaren Kompass und Rückgrat. Dafür stehen wir. Mit Verlässlichkeit sorgen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Einheit für Fortschritt und Sicherheit. Wir sichern die Daseinsvorsorge und stehen für einen Fortschritt, der alle mitnimmt. Als SPD denken wir ökologische Vernunft, technisch-wirtschaftliche Innovation und soziale Gerechtigkeit zusammen und sorgen dafür, dass die Gesellschaft den



Wandel gemeinsam meistert. Ohne soziale Nachhaltigkeit gibt es keine ökologische Nachhaltigkeit. Deshalb werden wir auch im Kreis Olpe den massiven und sozialverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben und Vorreiter sein.

Unsere starke Region hat auch Probleme: Es gibt zu wenig Fachkräfte. Hier wollen wir uns von anderen Regionen positiv abheben. Wohnen muss für alle Menschen bezahlbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnen keine Frage des Geldbeutels ist. Wir wollen den Wirtschaftsstandort Südwestfalen erhalten und mit innovativen Ideen und umweltfreundlichen Zielen zukunftsfähig ausbauen.

Darüber hinaus wollen wir das Ehrenamt nachhaltig stärken und die Wertschätzung und Begeisterung dafür fördern. Gemeinsam mit den sieben Ratsfraktionen und der Kreistagsfraktion wollen wir Initiativen starten, die auf die Besonderheiten des Kreises Olpe in den Bereichen Arbeit, Soziales, Gesundheit, Digitalisierung und Klimaschutz zugeschnitten sind.

Wir sind eine moderne Mitgliederpartei. Die vielen Mitglieder und ihr Engagement machen die Sozialdemokratie im Kreis lebendig. Wir wollen in den nächsten zwei Jahren viele neue Mitglieder gewinnen. Dazu brauchen wir eine gute Kommunikation und Wertschätzung untereinander und das Signal an die Menschen: „Wir kümmern uns um Eure Alltagssorgen, insbesondere der arbeitenden Menschen und ihrer Familien“. Dazu planen wir regelmäßige Veranstaltungen im Kreis Olpe.

Wir stehen im Kreis vor einigen Herausforderungen und Veränderungen. Ob Fachkräftemangel, Generationenwechsel, Flüchtlinge oder Digitalisierung – diesen Themen müssen wir uns stellen. Das ist mit der

(absoluten) Mehrheit der CDU – bis auf Attendorn – in den anderen Orts-, Stadt- und Gemeindeverbänden ein schwieriges Unterfangen. Aber Zukunft braucht Gestaltungswillen und wir dürfen niemanden zurücklassen. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit mit



zivilgesellschaftlichen Institutionen stärken und präsent sein – ob bei Schützenfesten, Karnevalsfeiern, Spielplätzen oder Dorffesten.

Und genau hier sind wir als Kommunalpolitiker und vor allem jedes einzelne SPD-Mitglied gefragt. „Was bewegt die Menschen und wie können wir ihnen das Leben erleichtern?“ sollte unser Handlungsleitfaden sein, denn die Gefahr von rechtsextremen Kräften und Demokratiefeinden war noch nie so groß wie heute. Sie sind es, die den Menschen wie Rentnern, Arbeitnehmern und Menschen mit Behinderungen Versprechungen machen, aber wenn man ihre Wahlprogramme liest, sind es genau diese Menschen, die zuerst bestraft oder benachteiligt werden sollen. Deshalb müssen wir wachsam sein, uns austauschen und mit durchgedrücktem Rücken weiterhin als Bollwerk gegen den Faschismus zusammenstehen.

Das Leben leichter machen

Unter dem Motto „Das Leben leichter machen“ waren meine Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion und ich im ganzen Land unterwegs. Wir wollten von den Bürgerinnen und Bürgern wissen: Was brauchen wir dafür? Auf dem Wochenmarkt in Attendorn und jüngst in Halver habe ich mich über die vielen guten Gespräche mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern gefreut. Vielen Dank für Ihre und Eure Ideen und Impulse für meine Arbeit in Berlin!

Uns geht es um die Menschen, die sich anstrengen, die arbeiten, die sich aus- und weiterbilden und um ihre Familien. Es geht um diejenigen, die Sorgearbeit leisten oder sich ehrenamtlich für andere und ein gutes Miteinander engagieren. All diese Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft wollen wir in ihrem Alltag besser unterstützen. Es geht uns darum, ihnen das Leben zu erleichtern.

Wir wollen in allen Regionen Deutschlands eine gute Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger sicherstellen – mit einer guten Gesundheitsversorgung, einer guten Pflege, einem flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr und bezahlbaren Mieten, mit guten Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, aber auch mit vielfältigen Freizeit- und Kulturangeboten.

Wir wollen einen einfachen und unbürokratischen Zugang zu Verwaltungsleistungen, öffentlichen Diensten und sozialen Leistungen. Alle öffentlichen Angebote müssen wohnortnah, barrierefrei und möglichst digital zugänglich sein. Alle Menschen, die Anspruch auf Unterstützung haben, sollen diese einfach und unbürokratisch erhalten.

Deshalb setzen wir genau dort an und fragen die Bürgerinnen und Bürger: „Was kann die Politik tun, um Ihnen das Leben leichter zu machen?“



Bürgergespräch in Attendorn



Mit Unterstützung meines Teams und vielen Besuchern am Stand in Attendorn



oben: in Halver mit Roland Pregitzer, Ratscherr in Finnentrop (re.)

links: in Halver mit Martin Kastner, RSPD-Fraktionsvorsitzender



Ein bemerkenswertes Jubiläum – 50 Jahre Sozialdemokratische Partei Europas!

Die internationale Zusammenarbeit sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien begann in der Arbeiterbewegung des späten 19. Jahrhunderts. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale, vor allem in Westeuropa im Kontext der europäischen Integration.

Im Januar 1957 trafen sich die sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) in Luxemburg und beschlossen die Einrichtung eines Verbindungsbüros. Im Juni 1971 wurde es in Brüssel in „Büro der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ umbenannt.

Am 5. April 1974 wurde in Luxemburg die Konföderation der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft gegründet. Seit dem Kongress in Den Haag am 9. und 10. November 1992 trägt der Bund den Namen [Sozialdemokratische Partei Europas](#) (SPE).

Erster Präsident war Wilhelm Dröscher. Er war Präsident von April 1974 bis November 1977. Seit dem 14. Oktober 2022 ist der Schwede Stefan Löfven Präsident.

Die Sozialdemokratische Partei Europas kämpft seit 50 Jahren für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und ein fortschrittliches Europa.

Mit 33 Mitgliedsparteien, 13 assoziierten Parteien aus mehreren europäischen Ländern und der Türkei sowie 16 Parteien mit Beobachterstatus ist die [SPE](#) eine treibende Kraft für positive Veränderungen. Im Europäischen Parlament trägt die Fraktion der SPE den Namen „Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament“ (S&D) und ist die zweitgrößte Fraktion im Parlament und die einzige Fraktion mit Mitgliedern aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten (Link zur [PES](#)).

Die SPE-Bewegung hat von Anfang an für Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Frieden und Gerechtigkeit gekämpft. Diese Werte sind unser Kompass beim Aufbau fortschrittlicher Gesellschaften. Wir setzen uns ein für soziale Gerechtigkeit, Wachstum und Beschäftigung, Verbraucherrechte, klare Regeln für den Finanzsektor, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung weltweit. Wir wollen eine fortschrittliche europäische Politik gestalten und dafür sorgen, dass Europa für seine Bürgerinnen und Bürger funktioniert. Als Trägerin des Wilhelm-Dröscher-Preises 2017 freue ich mich auf weitere 50 Jahre – und auf ein großartiges Ergebnis bei der nächsten Europawahl am 9. Juni dieses Jahres!



Mit Prof. Rene Repasi, nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der deutschen Delegation der S&D

„Sie sind es, die Deutschland an die höchstbietende Diktatur verhökern wollen!“

Meine Rede im Deutschen Bundestag

Datum: 25. April 2024

Thema: Bewertung der Euro-Währungsunion

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien!

Jede Woche aufs Neue behelligt uns die AfD mit Anträgen, die – wie dieser – nicht nur vollständig an der Realität vorbeiführen, sondern auch einzig das Ziel haben unsere demokratischen Institutionen in Deutschland und Europa verächtlich zu machen. Die Kollegen haben bereits in der vergangenen Sitzungswoche aufgezeigt, warum ein ähnlicher Antrag in dieser Form populistischer Blödsinn ist. Ich habe daher nachgeschaut, was allein in diesem Monat zu den Schlagworten „AfD“ und „Geld“ zu finden war und siehe da, ich bin fündig geworden!

03. April 2024

Mehrere Medien berichten einstimmig über mögliche russische Zahlungen an den zweiten AfD-Spitzenkandidaten zur Europawahl Petr Bystron.

17. April 2024

Das FBI soll AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krahnach Zahlungen aus Russland befragt haben.

23. April 2024

Mehrere mutmaßliche Spione der chinesischen Regierung werden in Deutschland festgenommen, unter Ihnen Jian G. – sein Arbeitgeber:
AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krahnach!

Allein im April drei Berichte über AfD-Politiker, die ganz offensichtlich gegen deutsche, gegen europäische Interessen handeln. Und das ist sehr wahrscheinlich

nur die Spitze dieses Eisbergs.

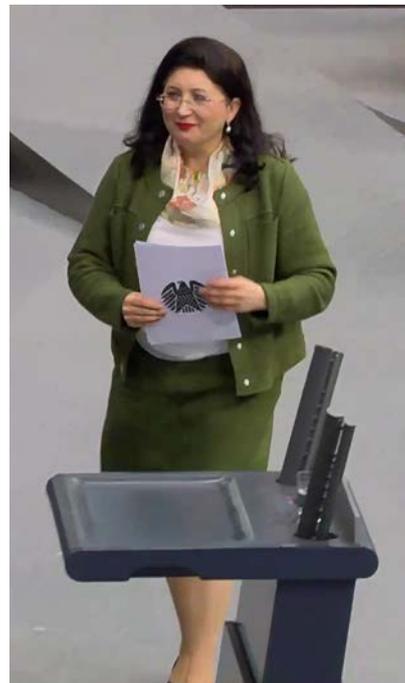
Die Europäische Union, die Sie hier Woche um Woche verächtlich machen wollen, ist das größte Friedens- und Wohlstandsprojekt unserer Zeit.

Wir haben in der EU Jahrzehnte Frieden, stetigen und deutlichen Wirtschaftswachstum auf dem europäischen Kontinent – insbesondere in der Eurozone.

Ohne die europäische Einigung stünden wir an vielen Stellen viel schlechter da:

Als Gesundheitspolitikerin und Ärztin sind mir zahlreiche praktische Beispiele aus meinem Alltag bekannt:

- Bei der Regulierung von gesundheitsschädlichen Stoffen,
- bei der Gewinnung von Gesundheitsfachkräften und
- beim gemeinsamen Binnenmarkt sowie
- bei der Innovation unserer forschenden Pharmaunternehmen.





Ihre Politik gefährdet die Gesundheit unserer Bürger-sie gefährdet die europäische Zusammenarbeit in jeglicher Hinsicht.

Sie haben nicht verstanden, dass durch Abbau von Handelshindernissen und die Verminderung von Transaktionskosten die gemeinsame Währung den zentralsten Auftrag der Europäischen Union erfüllt und den europäischen Binnenmarkt, und damit Wachstum und Beschäftigung fördert.

Bereits 20 EU-Mitgliedstaaten haben bisher den Euro als offizielle Währung eingeführt und rund 347 Millionen Menschen bezahlen in der EU mit dem Euro von Belgien bis Zypern. Rund 40 % der deutschen Exporte gehen in die Länder des Euroraums. Das zeigt das starke Gewicht des Euros im internationalen Gefüge und er kann mit dem Dollar und anderen Währungen konkurrieren. Somit hat der Euro nicht nur als Währungseinheit Gewicht, sondern erbringt darüber hinaus eine enge Kooperation zwischen den teilnehmenden Mitgliedstaaten in allen Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Euro treibt damit die Weiterent-

wicklung der Europäischen Union und diese liegt in unserem ureigensten deutschen und europäischen Interesse.

Wir stehen zu einem starken Deutschland, in einem starken Europa.

Ihre Fraktionsvorsitzende Alice Weidel warf an diesem Pult dieser Bundesregierung vor, Deutschland zu has-sen.

- *Sie sind es, die den Austritt Deutschlands aus der EU fordern!*
- *Sie sind es, die gefordert haben, den Euro zu ver-lassen!*
- *Sie sind es, die damit die deutsche Wirtschaft und unseren Wohlstand gefährdet!*
- *Sie sind es, die Deutschland an die höchstbietende Diktatur verhökern wollen!*

Wir, die Parteien demokratische Mitte, dienen dem deutschen Volke – allen Menschen in unserem Land. Sie dienen diktatorischen Regimen!

Also wer hasst hier Deutschland?

Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen.“



■ <https://dbtg.tv/cvid/7610468>

Gutes Essen für Deutschland

Mitte April durfte ich im Plenum zu einem Thema sprechen, das mich als Ärztin immer wieder beschäftigt: Ernährung. Anlass war die erste Lesung der Ernährungsstrategie der Bundesregierung: [„Gutes Essen für Deutschland“](#).

Leider ist auch einiges an Unwahrheiten rund um die Ernährungsstrategie im Umlauf. Klar ist: In Deutschland können die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden, was sie essen. Daran wird auch nicht gerüttelt. Es sollen aber alle eine „faire Chance“ erhalten, gesund aufzuwachsen und gesund alt zu werden, unabhängig von Herkunft, Wohnort und dem Geldbeutel der Eltern. Denn: Essen entscheidet (mit) über die Lebenschancen!

Deswegen umfasst die Strategie die Förderung nachhaltiger Ernährungsumgebungen, gutes Schul- und Kitaessen, verbindliche Qualitätsstandards, ein gesünderes Angebot durch weniger Zucker, Salz und ungesunde Fette in Fertiggerichten, ein nachhaltigeres Angebot durch Erhöhung des Bioanteils in der Gemeinschaftsverpflegung, die Förderung innovativer, pflanzlicher Proteinprodukte und die Forschung zur Ernährungssituation in armutsgefährdeten Haushalten.

Hinter diesen Zielen stehe ich auch als Ernährungsmedizinerin voll und ganz. Gutes Essen muss leichter werden. Die Folgen schlechter Ernährung sehe ich in



der Praxis viel zu oft. Übergewicht zieht oft erhebliche Folgeerkrankungen nach sich wie Diabetes Typ II sowie Herz- und Kreislauferkrankungen – gerade, wenn eine Adipositas schon in jungen Jahren vorliegt. An den Folgen leiden die Kinder teils ihr ganzes Leben. Ernährungsverhalten wird eben maßgeblich in der Kindheit und Jugend angelernt.

Die Zahlen sind dramatisch: 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind übergewichtig, 6 Prozent adipös. Das betrifft gerade die sozio-ökonomisch schwächeren Haushalte. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass Gesundheit und Ernährung in Deutschland dauerhaft zu einer sozialen Frage werden! Deswegen habe ich im Deutschen Bundestag für eine schnelle Umsetzung der Ernährungsstrategie plädiert. Wer sich die Rede in voller Länge anschauen möchte, kann das in der [Mediathek des Deutschen Bundestages](#) tun.



Amateurmusiker aufgepasst ...

Eine gute Nachricht auch für unsere heimischen Amateurmusikerinnen und -musiker: Bis zum 15. Juni 2024 können sich Musikensembles und Organisationen der Amateurmusik um eine Förderung ihrer musikalischen Projekte bewerben.

Amateurmusik spielt in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle. Sie verbindet Menschen – unabhängig von Alter, Wohnort, Religionszugehörigkeit, sozialer und kultureller Herkunft. Mit der Förderung wird dieses tolle Ehrenamt unterstützt und bekommt die Wertschätzung, die es verdient. Der Amateurmusikfonds trägt dazu bei, die musikalische Breitenkultur lebendig zu erhalten und die Amateurmusik sichtbarer zu machen. Ich freue mich auf viele gute Bewerbungen aus meinem Wahlkreis!

Drei Schwerpunkte werden gefördert. Unter dem Motto „Musik pur!“ können zum Beispiel neue Proben- und Aufführungsformate entwickelt werden, die von der bisherigen Arbeit im Ensemble abweichen. Wie wäre es zum Beispiel mit Arrangements außergewöhnlicher Komponisten oder besonderer Konzertsorte? Ensembles aller Größen sind eingeladen,

zu experimentieren und zu improvisieren. Der zweite Themenschwerpunkt widmet sich neuen Wegen. Denn Chöre, Orchester, Musikvereine und Kirchengemeinden leisten neben ihrer musikalischen Arbeit einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt und das Funktionieren unserer Gesellschaft. Die dritte Möglichkeit für einen Förderantrag ist die sogenannte Zukunftswerkstatt, in der Vereine oder Verbände ihre Strukturen überdenken können.

Die Höhe der Förderung hängt davon ab, wie weit das Projekt wirkt: Lokale Projekte können mit mindestens 2.500 Euro und maximal 10.000 Euro gefördert werden.

Projekte, die überregional bzw. bundesweit wirken (z. B. durch Kreis-, Landes- oder Bundesverbände), können eine Förderung von 10.000 Euro bis grundsätzlich maximal 50.000 Euro erhalten. Das Projekt läuft vom 15.09.2024 bis zum 30.09.2025.

[WEITERE INFORMATIONEN und das Antragsverfahren finden Sie auf der Internetseite des Bundesmusikverbandes](#)



Ganzheitliche Begleitung im dritten Lebensabschnitt

Die Bundesregierung arbeitet daran, einsamen Menschen Gesellschaft zu bieten. Das habe ich bei einem Besuch in der Arche Lüdenscheid betont. Gemeinsam mit Sandra Pawlas, der Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Iserlohn, und Christina Pokorny, einer Vermittlerin im gemeinsamen Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit Iserlohn und des Jobcenters MK, war ich bei der Arche zu Gast.

Ute Gall, Mitbegründerin der Arche Lüdenscheid und Leiterin des Arche-Care-Hauses, sowie Mitbegründerin Margit Hillesheim, Vorsitzende des Vereins Arche Lüdenscheid, sowie mehrere Mitarbeitende informierten uns über die Entstehung der Arche und die aktuellen Entwicklungen.

Das Arche-Care-Haus hat seine Vielzahl an Dienstleistungen zur Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen um den ambulanten Pflegedienst „Windlicht“ erweitert, der am 1. April an den Start ging. Dieser Dienst ist insbesondere für Menschen in den Stadtteilen Gevelndorf, Oberrahmede, Eggenscheid und Rathmecke-Dickenberg gedacht, die nicht in ein Pflegeheim möchten und alleine zu Hause nicht ausreichend versorgt werden können. Ute Gall betonte, dass „Windlicht“ ein bedeutendes Angebot ist. Einige Pflegekräfte haben bereits eine spezielle Palliativpflegeausbildung absolviert.

Für die Leiterin des Arche-Care-Hauses ist „Windlicht“ die logische Fortsetzung der Arche-Idee, die darauf abzielt, den Zusammenhalt im Quartier zu stärken. Der Start dieses ambulanten Pflegedienstes schließt den Kreis, der vor etwa 15 Jahren mit der Gründung des ambulanten Hospizes und des Vereins „Arche“ begann. Unter dem Dach der gemeinnützigen GmbH an der Karlshöhe sind verschiedene Angebote für die letzte Lebensphase vereint, darunter das ambulante Hospiz, die Trauerarbeit in der Elterngruppe „Ster-

nenkinder“, die Kindertrauergruppe „Insel“ und das Trauercafé „Momo“. Darüber hinaus engagiert sich die Arche in begleitetem Wohnen und Stadtteilarbeit in Rathmecke, Gevelndorf und Dickenberg.

Das ambulante Hospiz und die Trauerbegleitung – auch für Kinder – sowie die damit verbundene Ausbildung für ehrenamtliche Hospizhelfer sind für Menschen in ganz Lüdenscheid und darüber hinaus zugänglich. Zusätzlich zu diesen überregionalen Dienstleistungen bietet die Arche quartiersbezogene Angebote wie erweiterte Betreuung, das Dorfcafé als Treffpunkt und Pflegeberatung an, die durch verschiedene Gruppenangebote ergänzt werden.

Margit Hillesheim betonte, dass Menschen in Not zur Arche kommen. Besonders am Herzen liegt ihr die Trauerbegleitung für Kinder, Jugendliche und Familien, die ausschließlich durch Spenden finanziert wird. Daher ist die Arche auf kontinuierliche Unterstützung angewiesen.

Spendenkonto: Die Arche Lüdenscheid e. V. IBAN: DE24 4476 1534 0242 2629 00



Integrationsaus- tausch im Bundes- kanzleramt

Viel geschafft, noch mehr vor

Auf Einladung von Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, die für den Bereich Integration zuständig ist, war ich zu einem Austausch im Bundeskanzleramt. In interner Runde haben wir über die großen Erfolge der sozialdemokratisch geführten Ampelregierung gesprochen – denn wir haben viel erreicht. So haben wir das Staatsangehörigkeitsrecht modernisiert, die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften deutlich vereinfacht und im Sinne des Spurwechsels Chancen für Menschen eröffnet, die sich in Deutschland integrieren wollen ([Fachkräfteeinwanderungsgesetz](#)). Gleichzeitig haben wir die Voraussetzungen für eine reguläre Zuwanderung geschaffen und nach langen Jahren eine gemeinsame europäische Regelung erreicht. Für mich besonders wichtig: die erleichterte Einbürgerung für die ehemaligen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter. Es ist ein Ausdruck des Respekts, den Menschen, die dieses Land nach dem Zweiten Weltkrieg mit aufgebaut haben, den Weg zur Staatsbürgerschaft deutlich zu vereinfachen und zu entbürokratisieren.

Der intensive Austausch war aber auch von dem Geist geprägt, dass wir noch nicht am Ziel sind. Wir wollen weiter daran arbeiten, dass Integration besser ge-



lingt. Dafür stehen wir als SPD wie keine andere Partei, denn Integration und Teilhabe sind unverzichtbar für eine starke und vielfältige Gesellschaft.

Europa in unbequemen Zeiten

Die Themen rund um „Europa in unbequemen Zeiten“ waren vielfältig: Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, Fachkräfte, Entbürokratisierung, Rechtsextremismus, Europa, Niveau der Ausbildung, Verkehrsinfrastruktur und viele mehr

Unser ehemaliger Außenminister Sigmar Gabriel nahm in seinem Vortrag im Siegener Lyz die Lage in Deutschland, Europa und der Welt in den Blick – mit klarem Appell an die Menschen. Dabei betonte er die Bedeutung der Europawahl am 9. Juni. Die Bürgerinnen und Bürger sollten auch im Falle dieser – oft unterschätzten – Wahl ihr Kreuzchen machen, denn, so der Vorsitzende der Atlantik-Brücke: „Diejenigen, die Europa bekämpfen wollen, die werden in jedem Fall hingehen.“

Eingeladen hatten unseren Ex-Vizekanzler und früheren SPD-Bundesvorsitzenden die Industrie- und Handelskammer (IHK) Siegen, die Kreishandwerkerschaft Westfalen-Süd, der Deutsche Gewerkschaftsbund Region Südwestfalen, ver.di Südwestfalen sowie die IG Metall und die Arbeitgeberverbände in den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein. Sigmar Gabriel richtete den Blick in seinem Vortrag „Europa in unbequemen Zeiten“ nicht nur auf die Europäische Union selbst, „sondern auch auf deren Rolle in der Welt“. Baustellen würden schon vor der eigenen Haustür zur Genüge warten.

So betrachtete Gabriel etwa die immer wieder auch im Schulterschluss von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften angemahnten Verbesserungen der Infrastruktur, die Beschleunigung von Planungsprozessen und Entbürokratisierung mit erhobenem Zeigefinger: „Es ist uns nach der Wende mit den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit gelungen, im Bundestag festzulegen, wie Straßen, Wasserwege und Schienen zwischen Ost und West für den Lückenschluss verbunden werden sollen. So etwas brauchen wir jetzt wieder!“ Es gebe zu viele Klagemöglichkei-

ten, die wichtige Prozesse, wie beispielsweise auch den Bau von Stromtrassen, unendlich verlängerten.

Christian F. Kocherscheidt, IHK-Vizepräsident und Vorsitzender der Arbeitgeberverbände Siegen-Wittgenstein, pflichtete ihm in der anschließend von Prof. Dr. Alexandra Nonnenmacher (Universität Siegen) moderierten Diskussionsrunde bei: „Wir entscheiden ideologisch oder gar nicht.“ Das jahrzehntelange Warten auf eine akzeptable Straßenverbindung zwischen Siegerland und Wittgenstein sei nur ein Beispiel von vielen. Ein Punkt, den Sigmar Gabriel unterstützte: „Wir brauchen weniger Werte-Entscheidungen als



Prioritäten-Setzungen. Werte und Interessen müssen immer miteinander abgewogen werden.“

Mit Blick auf die Politik und das demokratische System warnte er zudem davor, Politik nicht mehr vernünftig zu erklären. Es herrsche bei vielen Menschen großes Unverständnis darüber, was „die da oben“ trieben: „Diesen Eindruck der Menschen müssen wir wieder reduzieren.“ Ebenso müsse man mit den Wählern, die extrem links oder extrem rechts wählten, ins Gespräch kommen.

Gleiche Bildungschancen mit dem Startchancen-Programm

Es gibt gute Nachrichten: Das Startchancen-Programm unterstützt gezielt Schulen mit einem hohen Anteil sozioökonomisch benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Dafür investieren Bund und Länder gemeinsam rund 20 Milliarden Euro über zehn Jahre in rund 4.000 Schulen. Damit ist es das größte Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik.

Nationale und internationale Studienergebnisse zeigen: Nach wie vor hängt der Bildungserfolg in Deutschland von der sozialen Herkunft ab. Ein hoher Anteil junger Menschen verlässt die Schule ohne die notwendigen Kompetenzen für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben. Damit muss Schluss sein! Wir brauchen eine Trendwende in der Kompetenzentwicklung, damit die Potenziale der jungen Generation nicht verloren gehen.

Mit dem Programm „Startchancen“ wollen Bund und Länder den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln und für mehr Chancengerechtigkeit sorgen.

Das Geld wird vor allem nach sozialen Kriterien an Grund- und weiterführende Schulen verteilt – ein echter Gamechanger und Wendepunkt! Die Schulen können in eine moderne Lernumgebung investieren, Schulsozialarbeiter finanzieren und erhalten Chancenbudgets zur freien Verfügung.

Das Programm kann ab August 2024 starten. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft. Ich freue mich, dass aus meinem Wahlkreis vier Schulen vom Startchancenprogramm profitieren werden. Vier Grundschulen und eine weiterführende Schule – allesamt aus Lüdenscheid.

WEITERE INFOS auf der [Internetseite der Bundesregierung](#)



Archivbild: Besuch der Bigge-Lenne Gesamtschule in Finnentrop zum Europatag 2024

Arbeitsklausur auf Norderney

In der vergangenen Woche war ich viel unterwegs: Es standen zwei Klausurtagungen auf dem Programm. Zunächst ging es für mich auf die Insel – denn in diesem Jahr tagten die Landesgruppen NRW und Niedersachsen sowie Bremen auf Norderney. Viel Zeit, die malerische Kulisse zu genießen, blieb jedoch nicht, denn das Programm war gut gefüllt: Debatten zur allgemeinen politischen Lage in Deutschland, zur Rente, zur aktuellen Situation in Europa. Wir haben unseren Anspruch bekräftigt, auch in Zukunft weiterhin der Wirtschaftsmotor des Kontinents zu sein, aber auch auf Augenhöhe mit den Staaten des globalen Südens zu arbeiten. Zu all diesen Punkten konnten wir mit den Ministern Hubertus Heil, Karl Lauterbach und Boris Pistorius



us höchste Gesprächspartner begrüßen, besonderer Höhepunkt war natürlich ein Gespräch mit unserem Bundeskanzler Olaf Scholz. Darüber hinaus waren auch unsere EU-Spitzenkandidatin Katarina Barley sowie unsere Parteivorsitzenden Lars Klingbeil und Saskia Esken anwesend.



Alles in allem zwei intensive und anstrengende, aber auch wichtige Tage. Die Herausforderungen warten nicht auf uns. Es wird Zeit, dass insbesondere unsere Koalitionspartner nun konstruktiv mitarbeiten statt mit „Positionspapierchen“ öffentlichen Streit zu provozieren.

Freude über Besuch aus Attendorn zum Girls' Day

Anlässlich des Girls' Day hat die heimische Bundestagsabgeordnete Nezahat Baradari Kimberley Kampschulte, eine 17-jährige Schülerin aus Attendorn, nach Berlin eingeladen. Vor Ort durfte Sie den Bundestag besuchen und an einem spannenden Programm der SPD-Bundestagsfraktion teilnehmen.

„In Gesprächen mit weiblichen Abgeordneten haben die Mädchen und jungen Frauen Einblicke in unseren Berufsalltag in der Politik bekommen und verschiedene Berufslaufbahnen kennengelernt. In einem Planspiel konnten Kimberley und die anderen Teilnehmerinnen dann selbst in die Rollen von uns Abgeordneten zu schlüpfen“, erklärte die Abgeordnete.

Im Rahmen eines gemeinsamen Fototermins durften die Teilnehmerinnen zudem Bundeskanzler Olaf Scholz treffen. Weiterhin hatten die Teilnehmerin-

nen die Möglichkeit, auf der Besuchertribüne an einer Plenardebatte teilzunehmen und den politischen Prozess so hautnah live mitzuerleben. Bei dieser Gelegenheit wurde Kimberley auch namentlich in den Protokollen des Deutschen Bundestages verewigt, als die heimische Abgeordnete Nezahat Baradari sie zu Beginn einer zu dieser Zeit von ihr gehaltenen Rede begrüßte.

„Der Girls' Day in Berlin war für mich eine unvergessliche Erfahrung: Ich habe nicht nur viel über Politik gelernt und neue Einblicke gewonnen, sondern auch die Gelegenheit gehabt, inspirierende Persönlichkeiten zu treffen und mich mit ihnen auszutauschen. Diese Erfahrung hat mein Interesse an Politik weiter gestärkt und hat mir gezeigt, dass meine Stimme wichtig ist und dass ich die Möglichkeit habe, einen Unterschied zu machen. Ich bin Nezahat für die Einladung sehr dankbar!“



Foto: Bundestagsbüro Nezahat Baradari



Gruppenbild mit Olaf Scholz (Foto: Mark Bollhorst)

Kurz & knapp!

Gespräche mit Praktikanten des Deutschen Bundestags

Es ist gute Tradition, dass wir Abgeordnete uns neben unseren eigenen Praktikanten auch Zeit für die Praktikanten der Bundestagsverwaltung nehmen. In der vergangenen Sitzungswoche war es wieder soweit und ich hatte die große Freude, drei Praktikanten im Alter von 16 bis 18 Jahren Rede und Antwort zu stehen. Die Fragen waren breit gefächert und reichten von der Legalisierung von Cannabis über die Rolle Deutschlands in Europa bis hin zur politischen Situation in der Türkei. Der Termin hat mir sehr viel Spaß gemacht und ich freue mich schon auf die nächste Runde mit jungen Menschen.



Im Gespräch mit WDR Cosmo

Kürzlich war ich live bei WDR Cosmo. COSMO ist ein gemeinsamer Radiosender von rbb, WDR und Radio Bremen und sendet auf Deutsch und in neun weiteren Sprachen. In der Sendung sprach ich auf Türkisch über die Vor- und Nachteile des neuen Cannabisgesetzes und den Status von Medizinalcannabis. Aus meiner Sicht ist es sehr wichtig, dass wir auch Menschen ansprechen,

die nicht oder nicht ausreichend deutsch sprechen. Ich freue mich jedes Mal, einem breiten Publikum unsere Gesetzgebung und Bundespolitik auch auf Türkisch erklären zu können.

[COSMO IM INTERNET:](#)

[MEIN INTERVIEW ALS AUDIODATEI](#)

Praktikum abgeschlossen



„Nach drei Monaten hat Peter Pham sein Praktikum in meinem Berliner Büro abgeschlossen. Als Stipendiat des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms des Deutschen Bundestags und des US-Kongresses (PPP) durfte Peter einige Monate in Deutschland studieren. Doch nicht nur das: Teil des Programms war auch ein dreimonatiges Praktikum, dass er in meinem Büro verbringen konnte. Er konnte eine Menge über den deutschen Parlamentarismus und die Arbeitsweise des deutschen Bundestags lernen und auch wir konnten viel von seinen Erfahrungen in den USA und den Unterschieden zum dortigen politischen System lernen. Mitte Juni geht es nun für ihn zurück nach Kalifornien, allerdings nicht ohne das Versprechen, dass er uns schon bald wieder in Deutschland besuchen kommt!“